



**BERLINER
EINBLICKE #67**
FÜR KÖLN, FÜR SIE.

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen informiert

Anfang Dezember 2018

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

geht es Ihnen auch so? Die Zeit zum Ende des Jahres hin ist vollgepackt mit Terminen. Im Arbeitsalltag machen Jahresabschlüsse und Fristen Druck, aber Weihnachtsfeiern oder Runden auf dem Weihnachtsmarkt tragen zumindest ein wenig zur weihnachtlichen Vorfreude bei.

Im Bundestag selbst herrscht allerdings noch keine geruhige Vorweihnachtsstimmung: Unter anderem haben wir in den vergangenen zwei Wochen eine Grundgesetzänderung verabschiedet, den Haushalt 2019 beschlossen, über Organspende debattiert und international liefert der Brexit Stoff für einen politischen Krimi. Aber ich muss ehrlich sein - trotz dieser Herausforderungen genieße ich diese Zeit! Denn zum einen erfüllt mich meine Arbeit. Zum anderen steht diese hektische Phase im schönen Gegensatz zu dem Kommenden. Der Trubel im Vorfeld macht das Christfest doch erst richtig besinnlich.

Nun also zur Politik: In der ersten dieser beiden zurück liegenden Sitzungswochen hat der Deutsche Bundestag wie bereits geschrieben den Haushalt für das Jahr 2019 beschlossen. Vorgesehen sind Ausgaben von insgesamt 356,4 Mrd. Euro, das sind 12,8 Mrd. Euro mehr an Ausgaben als im laufenden Jahr 2018. Aus Sicht der Union beweist dieser Haushalt eines ganz klar: Wir handeln!

Mit dem Bundeshaushalt 2019 beschließen wir das fünfte Jahr in Folge einen Haushaltsplan ohne neue Schulden; bereits seit 2014 nimmt der Bund keine neuen Kredite auf. Der Haushalt schafft es gut, eine Balance aus Investitionen in die Zukunft, Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit sowie Maßnahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu finden. Die Investitionen konnten im parlamentarischen Verfahren um gut 1 Mrd. Euro auf rund 39 Milliarden Euro erhöht werden. [Lesen Sie hier mehr zur Generaldebatte um den Haushalt.](#) An dieser Diskussion kamen auch Sie si-

cher nicht vorbei: Deutschland diskutiert den Migrationspakt, also den „Global Compact for Migration“ (GCM) – obskure Theorien wabern dazu insbesondere durch die sozialen Medien. Wir als CDU/CSU-Fraktion behalten einen kühlen Kopf: Bereits im April dieses Jahres diskutierten wir das Abkommen im Bundestag, weitere Debatten folgten. Jetzt haben wir uns dazu entschieden, auch auf unserem Parteitag am 6. Dezember in Hamburg über den GCM zu sprechen. Ich sage: Gut so!

Wir als CDU möchten weltweit Mindeststandards setzen, wie mit Migranten menschenwürdig umgegangen werden soll. Der GCM stärkt das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, fordert eine klarere Unterscheidung zwischen legaler und illegaler Migration, bietet Schritte hin zu einem Fachkräftezwanderungsgesetz und nimmt Herkunftsländer in die Pflicht, besser zu kooperieren, wenn Flüchtlinge über keine Identitätsnachweise und Reisedokumente verfügen. Diskutieren wir in der Breite, finden wir eine vernünftige Entscheidung. Dieser verantwortungsvolle Umgang selbst mit emotionalen Themen macht uns als Union aus.

Ich freue mich, dass Sie meine Arbeit im Deutschen Bundestag begleiten und wünsche Ihnen von Herzen eine ruhige Adventszeit.

Ihr



Das Thema

Entscheide Dich! Der richtige Weg für die Organspende



Foto: Deutscher Bundestag / Achim Mende

In Deutschland gibt es eine grundsätzliche Bereitschaft zur Organspende. Dennoch ist die Liste der Schwerverkranken, die auf ein lebensrettendes Spenderorgan warten, viel zu lang. Das Thema ist bis heute schwer belastet durch die Manipulation der Spendenlisten vor einigen Jahren. Studien haben zudem festgestellt, dass viele Kliniken spendenbereite Menschen nicht ausreichend informieren. Auch die Voraussetzungen für Transplantationen sind nicht überall gewährleistet. Um hier entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung ein neues Organspende-Gesetz beschlossen. Doch die Herausforderung geht weiter. Andere Länder weisen höhere Zahlen an Organspenden auf. Deswegen debattierte der Deutsche Bundestag am Mittwoch, 28. November, in einer Orientierungsdebatte, wie die Situation in unserem Land verbessert werden kann.

In jeder Legislaturperiode gibt es Themen, die die Grenzen zwischen den Parteien auflösen. Oftmals sind das die Höhepunkte des Parlaments. In der vergangenen Legislaturperiode waren das Debatten um die Sterbehilfe oder die Präimplantationsdiagnostik. Auch beim Thema Organspende ist dies nun der Fall. In Gang gesetzt hat diese Debatte Bundesgesundheitsminister Spahn, der eine Widerspruchslösung vorge schlagen hatte. Durch die Orientie-

rungsdebatte wurde deutlich, dass sich der Bundestag in mindestens zwei Lager aufteilt: Auf der einen Seite stehen die Befürworter der Widerspruchslösung. Diese besagt: Ohne Widerspruch wäre jede(r) automatisch Organspender. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die die bestehende „Zustimmungslösung“ verbessern möchten. In diesem System muss der Wunsch, seine Organe zu spenden, beispielsweise durch den Organspendeausweis, dokumentiert sein.

Für die Widerspruchslösung spricht auf den ersten Blick, dass Länder mit einem solchen System höhere Spenderzahlen haben. Bei genauerem Hinsehen sind es jedoch viele Stellschrauben, die Länder schwer vergleichbar machen. Insofern rechtfertigt für Heribert Hirte dieser Unterschied alleine nicht den eklatanten Eingriff in die freie Selbstbestimmung, die solch ein Paradigmenwechsel mit sich bringen würde: „Wir haben kein Problem der Spendenbereitschaft, wir haben ein Problem mit der Dokumentation“. In seiner Rede im Deutschen Bundestag schilderte der Kölner Bundestagsabgeordnete, dass neben den triftigen, rechtlichen Bedenken auch andere Argumente gegen eine Widerspruchslösung stehen. Für Hirte ist die Organspende ein bewundernswerter Akt gelebter Solidarität. Doch durch die Widerspruchslösung wird aus der Solidarität ein

Zwangsmechanismus.

Auch Heribert Hirte ist der Meinung, dass das bisherige Verfahren der Organspende besser geregelt werden muss. Denn momentan werde der Bürger nicht ausreichend darüber informiert, wie und unter welchen Umständen er oder sie tatsächlich zum Organspender werde. Zudem sei es zu kompliziert, den Spenderwillen verlässlich zu dokumentieren. Das zeigen zumindest Umfragen: 84 % der Deutschen erklärten in der [BzGA-Umfrage 2018](#), der Organspende positiv gegenüber zu stehen. Insgesamt haben schon 56 % der Befragten eine Entscheidung getroffen und von diesen haben sich immerhin 72 % aktiv für eine Organspende entschieden. Leider haben aber bisher nur 36 % ihre Entscheidung in einem Spenderausweis dokumentiert. Praktische Lösungen könnten also schnell helfen: Die Abfrage beim Beantragen eines Passes oder regelmäßige Gespräche mit dem Hausarzt. Doch Ärzte werden hierzulande in ihrer Ausbildung nur oberflächlich auf das Thema hingewiesen. In Spanien beispielsweise, einem Land, in dem eine hohe Organspendebereitschaft herrscht, finden wir eine andere Kultur. Ärzte fühlen sich dort dem Thema Organspende regelrecht verpflichtet. Hirte betonte in seiner Rede, die Entscheidung sowie die Dokumentation der Organspendebereitschaft müsse näher zu den Menschen gebracht werden: „Vertrauen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern und verbessern die Zustimmungslösung!““, sagte Hirte in seiner Rede. Deswegen brauchen auch wir einen Kulturwandel rund um die Organspende, aber kein neues System.

Heribert Hirte engagiert sich in einer überfraktionellen Arbeitsgruppe, um die Organspende durch eine gestärkte Zustimmungsregelung zu verbessern. Denn Organspende hilft, Leben zu retten! [Seine Rede zur Organspende finden Sie hier.](#)

Kurz informiert

Der BREXIT-Krimi

Dramatik pur – kaum anders lassen sich die Ereignisse der letzten Wochen rund um den Brexit beschreiben. Seit dem Europäischen Rat am 25. November 2018 besteht eine Einigung zwischen der EU und Großbritannien. Auf dem Weg dorthin kostete Premierministerin Theresa May ihre Kabinettsmehrheit allerdings die Rücktritte einiger Minister und Staatssekretäre. Die Zustimmung im Unterhaus ist der Premierministerin noch nicht gewiss. Gleichzeitig verhandelt der EuGH auf Antrag Schottlands, ob es theoretisch für Großbritannien möglich wäre, wieder vom Austrittersuchen aus der EU zurückzutreten. Zunächst bestimmen aber die Ergebnisse der Verhandlungen über den Austritt aus der EU sowie die politische Erklärung über die künftigen Beziehungen die Debatte. Das Thema Brexit wird weiter die Arbeit von Heribert Hirte im Deutschen Bundestag prägen. Als Vorsitzender des Unterausschusses Europarecht und Mitglied der Arbeitsgruppe „Brexit“ will er weiter mit daran arbeiten, die rechtlichen Begleiterscheinungen bestmöglich zu regeln.

Der Beschluss des Austrittsabkommens beim Europäischen Rat am vergangenen Sonntag war ein trauriger Tag für die EU. Der Brexit wird nur Verlierer kennen, aber das vorliegende Papier ist der bestmögliche Deal für beide Seiten. Michel Barnier, der Verhandlungsführer der EU-Kommission, und sein Team haben gute Arbeit geleistet. Der gefundene Kompromiss hat beiden Seiten viele Zugeständnisse abverlangt. Wenn die Verhandlungen um den Brexit einen positiven Effekt hatten, dann ist es dieser: Die Europäische Union stand während der Verhandlungen zusammen und bewies Einigkeit. Das Zeichen nach außen ist klar: Nichts wird besser, wenn man die EU verlässt. Von den



wagemutigen Behauptungen einiger britischer Politiker ist nichts mehr übrig geblieben.

Mit der politischen Erklärung ist die Grundlage gelegt für eine möglichst enge Partnerschaft nach der Trennung: für ein weitreichendes Freihandelsabkommen und für viele weitere Abkommen, zum Beispiel in den Bereichen Sicherheit und Verkehr. Als CDU/CSU-Fraktion wollen wir unsere Beziehungen in den nächsten Jahren aktiv und freundschaftlich gestalten – zum Nutzen beider Seiten. Das bestehende Austrittsabkommen sieht für beide Seiten eine Übergangszeit von bis zu eineinhalb Jahren vor, um eine Einigung über die zukünftigen Beziehungen zu erreichen.

Zentrale Punkte der Einigung zwischen der EU und Großbritannien:

- **Für einen Übergangszeitraum werden EU und UK in einer gemeinsamen Zollunion bleiben. Damit erkennt das Vereinigte Königreich vorläufig die EU-Regelungen weiter an, ohne diese selbst beeinflussen zu können. Soziale und umweltrechtliche Schutzstandards sollen weiter auf gleichem Niveau bleiben.**

- **Rechte der Bürger: Das Austrittsabkommen schützt den**

Aufenthaltsstatus von EU-Bürgern in Großbritannien und den von britischen Bürgern in der EU am Ende der Übergangsphase und die Möglichkeit angestellt oder selbstständig zu arbeiten und zu studieren. Das Recht bzw. Ansprüche auf Gesundheitsfürsorge, Pensionen und andere soziale Fürsorge werden beibehalten.

- **Für die Beziehungen zwischen Irland und Nordirland sieht das Austrittsabkommen mindestens eine Auffangregelung nach der Übergangszeit (Backstop) vor, welche die Schaffung einer Zollunion mit dem Vereinigten Königreich, inkl. Nordirlands vorsieht. Dadurch soll eine harte Grenze in jedem Fall verhindert werden und der dortige Friedensprozess auch in Zukunft geschützt sein.**

- **Der EuGH wird aber weiterhin die Letztinstanz für das EU-Recht sein. Damit hat die EU eine zentrale Forderung durchgesetzt, für die sich auch Heribert Hirte von Anfang an stark gemacht hat.**

Trotz aller Einigungen bleibt aber eine traurige Wahrheit: Den Brexit bezahlen beide Seiten mit wirtschaftlichen Nachteilen und einer Einschränkung von Rechten und Freiheiten. Trotzdem

Kurz informiert

bildet das jetzt ausgehandelte Vertragswerk eine bessere Grundlage als die Alternative: der Hard-Brexit, ein ungeordneter Austritt Großbritanniens aus der EU.

Ein besonderes Anliegen von Heribert Hirte ist es sicherzustellen, dass die deutsche Wirtschaft selbst im Fall eines Hard-Brexit vorbereitet ist. Denn die Zeit drängt, die Wirtschaft benötigt schon jetzt Planungssicherheit. Am 7. und 8. November 2018 debattierte der Bundestag daher das Brexit-Übergangs- und das Brexit-Umwandlungsgesetz. [Eine Rede von Heribert Hirte zu letzterem Gesetz finden Sie hier.](#)

Weitere vorbereitende Maßnahmen des Brexits werden wahrscheinlich in der Kabinettsitzung am 12. Dezember 2018 beschlossen.

Besuch von der Regierung und der Fall Asia Bibi

Ein altbekanntes Gesicht in neuer Funktion war zu Gast beim Stephanuskreis im November. Markus Grübel, langjähriges Mitglied des Stephanuskreises, wirkt nun als Beauftragter der Bundesregierung für die weltweite Religionsfreiheit. Der Stephanuskreis hatte sich seit Jahren für die Schaffung einer solchen Position eingesetzt. Gemeinsam mit Grübel besprachen die Mitglieder die zukünftige Agenda des Regierungsbeauftragten. Grübel möchte sich insbesondere den Schwerpunkten religiöse Bildung in Schulen und interreligiöse Kooperationen widmen.

Ebenfalls zu Gast waren Katherine Sapna und Asher Sarfraz von „Christians' True Spirit“. Die NGO setzt sich mutig für verfolgte Christen in Pakistan ein und schilderte dem Stephanuskreis das Schicksal von Asia Bibi noch einmal hautnah, einer Mutter, die neun Jahre wegen angebli-

cher Gotteslästerung unschuldig im Gefängnis saß. Frau Sapna und Herr Sarfraz richteten einen Appell an die Mitglieder des Stephanuskreises: „Helft weiter den Minderheiten in unserem Land - egal ob Christen oder Hindus“.

Herbsttagung des Bucerius Center on the Legal Profession (CLP)

Unter dem Titel „Attacke! Die Massenkläger kommen“ disku-



Immer im Blick: Der Koalitionsvertrag. Grundlage auch auf dem Tag der Verbände: Dort stand das Thema Gemeinnützigkeit von Verbänden und Vereinen auf der Tagesordnung.

Foto: Philippe Rives / BEF

tierte Heribert Hirte anlässlich der 8. Herbsttagung des Bucerius CLP. Durch sein Studium in den USA (Berkeley) ist Heribert Hirte mit dem Thema „Kollektive Rechtsdurchsetzung“ intensiv vertraut. Dieses Vor-Ort-Wissen kann er nun in die deutsche Diskussion um die Musterfeststellungsklage einfließen lassen. Seiner Überzeugung nach, helfen weder pauschale Verteufelung noch undifferenziertes Klatschen. Für die rechtspraktische Umsetzung mahnt er daher: Von Sammelklagen nach US-amerikanischem Vorbild profitieren in der Regel die Falschen. [Bilder der Veranstaltung finden Sie hier.](#)

Tag der Verbände

Aufsehen erregte der Vorstoß aus Teilen der CDU, der Deutschen Umwelthilfe (DUH e.V.) ihre Gemeinnützigkeit zu entziehen. Dieser Verein erwirkt derzeit in zahlreichen deutschen Städten Fahrverbote, darunter auch in Köln und Bonn. Die Umwelthilfe ist dabei das exemplarische „schwarze Schaf“, verdient der Verein doch quasi an Klagen und fußt auf einer nicht unkritischen

Finanzierung. Wie Deutschland in Zukunft die Gemeinnützigkeit im Vereins- und Verbandsrecht regeln sollte, war Thema einer Keynote von Heribert Hirte beim Tag der Verbände. Mehr zu seinem Auftritt finden Sie auf [Facebook](#).

In der vergangenen Woche fand im Rechtsausschuss eine öffentliche Anhörung zum Thema „**Fahren ohne Fahr-schein**“ statt. Anlässlich dieses Termins forderte Heribert Hirte, nicht über Entkriminalisierung nachzudenken, sondern über ein sozialverträgliches ÖPNV-Ticket. Die [Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung](#) hat seinen Vorschlag aufgegriffen.

Gemeinsam mit dem Präsidenten des „Council of the International Society of Human Rights“, Thomas Schirrmacher, und dem Vorstandssprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Martin Lessenthin, stellte Heribert Hirte wie schon seit vielen Jahren die **Jahrbücher zur Christenverfolgung und zur Religionsfreiheit 2018** vor. [Qantara.de](#), eine Ablegerseite der Deutschen Welle, berichtete darüber.

Die Ereignisse um Asia Bibi überschlugen sich in den letzten Wochen. Mittendrin im Geschehen: Der Stephanuskreis und Heribert Hirte. Chronologisch eins nach dem anderen. Am 13. November gab Hirte dem Domradio Auskunft, inwiefern er einen möglichen Asylantrag von Asia Bibi in Deutschland zu dem damaligen Zeitpunkt einschätze. Die Aufnahme verfolgter Christen in Deutschland verband Hirte auch mit einer außenpolitischen Botschaft: „Dass wir einige dieser Christen bei uns aufnehmen, ist auch ein Zeichen an die entsprechenden Regionen, dass sie eine andere Haltung gegenüber dem radikalen Islam einnehmen müssen“. Das gesprochene Interview finden Sie [hier](#), eine Textfassung [hier](#).

Kurz darauf die Erfolgsmeldung: In Hintergrundgesprächen erklärte sich Deutschland bereit, Asia Bibi, sofern sie dies wünsche, aufzunehmen. So konnte Heribert Hirte diese freudige Nachricht auch exklusiv im Interview mit dem Domradio am 21. November bekannt geben. [Das Interview zum Nachhören finden Sie hier](#). Auch zahlreiche andere Medien berichteten darüber.

Wird die CDU katholischer? Mit dieser Frage beschäftigte sich die Saarbrücker Zeitung und die Antwort von Heribert Hirte fiel kurz und knapp aus: Mitnichten. Zwar finden sich in Führungspositionen im Vergleich aktuell mehr Katholiken als Protestanten. Die CDU bleibt ihrer Gründungsidee aber stets verbunden. Als überkonfessioneller Zusammenschluss verbindet die Mitglieder ihr Glaube, in keiner Weise teilt er sie. [Hier geht es zu dem Artikel](#).

In der **Diskussion über die Ost-West-Achse des Stadtbahnnetzes in Köln** sprach sich Heribert Hirte im Kölner Stadtanzeiger gegen eine direkte Bürgerbeteiligung aus. Unter anderem das Beispiel Godorfer Hafen zeige, dass solche Verfahren oft ihren Zweck verfehlen. Es liegen nun zwei detaillierte Vorschläge der Verwaltung vor. Hier könne der Stadtrat als gewähltes Gremium aller Kölner in offener Diskussion eine transparente Entscheidung fällen. [Hier nachzulesen](#).

Augenblick 

Das Foto der Woche



Vorlesetag im Wahlkreis: Zugegeben, so ein aufmerksames Publikum wie die Kinder des Fröbel-Kindergarten Lövenherz, der Kita St. Maria Königin und des Familienzentrums am Kölnberg muss auch ein Politiker lange suchen.

Querblick

Das Zitat



Heribert Hirte @HHirte · 27 Min.

Schon damals überfällig - 100 Jahre #Frauenwahlrecht. Der @ksta_koeln @ksta_news heute dazu mit #Sonderausgabe: "Kölner Stadt-Anzeigerin". Großartig und lesenswert! #köln #cologne #women #gleichberechtigung #frauenwahlrecht100



Die Termine

Montag, 3. Dezember 2018, 19 Uhr

Die JU Innenstadt und Nippes organisiert eine Podiumsdiskussion zum Thema „Zwangsprostitution und Menschenhandel in Köln“, bei der Heribert Hirte dabei sein wird. Auch Sie sind herzlich willkommen!
Ort: „Vringstreff“, Im Ferkulum 42, 50678 Köln

Donnerstag - Samstag, 6.-8. Dezember 2018: 31. Bundesparteitag der CDU Deutschland, Hamburg

Wer gewinnt den Wettbewerb um die Nachfolge von Dr. Angela Merkel als Parteivorsitzende(r) der CDU? Eines steht fest, der Wettkampf um die Parteispitze hat die Partei belebt. Die Kandidaten konnten ihre Ideen auf den Regionalkonferenzen präsentieren, jetzt gilt es eine kluge Entscheidung zu treffen. Auch Heribert Hirte wird als Delegierter am 6. Dezember in Hamburg auf dem Bundesparteitag sein. Verfolgen Sie diesen gerne im [Livestream](#) auf der Internetseite der CDU.

Sonntag, 9. Dezember 2018, 15 Uhr

Heribert Hirte besucht das Adventskonzert des Freundeskreises St. Pantaleon Köln
Ort: St. Pantaleon, Am Pantaleonsberg 8, 50676 Köln

Sonntag, 9. Dezember 2018, 15 Uhr

Adventsandacht Lindenthaler Tierpark
Ort: Lindenthaler Tierpark, Marcel-Proust-Promenade 1/ Ecke Kitschburger Str., 50935 Köln

Montag, 10. Dezember 2018

Die letzte Sitzungswoche für dieses Jahr beginnt

Donnerstag, 13. Dezember, 14 Uhr Berlin




Das päpstliche Hilfswerk Kirche in Not stellt den Mitgliedern des Stephanuskreises seinen internationalen Bericht zur Lage der Religionsfreiheit vor und berichtet über die Situation von Millionen Christen.

Kontakt

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 77830
Fax: 030 / 227 76830

Bürgerbüro:
Aachener Straße 227
50931 Köln
Tel.: 0221 / 589 86 762
Fax: 0221 / 589 86 765

E-Mail: heribert.hirte@bundestag.de

 [Facebook.de/HHirte](https://www.facebook.de/HHirte)  [@HHirte](https://twitter.com/HHirte)  www.heribert-hirte.de

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten? Teilen Sie uns dies gerne mit und wir löschen Ihre Daten umgehend aus dem Verteiler. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Daten stets vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.